

II=2064 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 10421J

1981-03-10

A n f r a g e

der Abgeordneten Ing. Hobl
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Finanzen
betreffend Gewährung eines Kredites der Genossenschaftlichen
Zentralbank (GZB) an die österreichische Volkspartei

Die ÖVP mußte im Zusammenhang mit der Rabelbauer-Affäre unter dem Druck der Öffentlichkeit einen Betrag von 10 Mio. Schilling an Bela Rabelbauer zurückgeben. Zur Aufbringung dieses Betrages nahm die ÖVP bei der Genossenschaftlichen Zentralbank einen Kredit auf, zu dessen Besicherung die ÖVP die nach dem Parteiengesetz, BGBl.Nr. 404/1975, für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit bestimmten Förderungsmittel verwendete.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen an den Herrn Bundesminister für Finanzen die folgenden

A n f r a g e n

- 1.) Ist diese Vorgangsweise mit dem Kreditwesengesetz vereinbar?
- 2.) Ist diese Vorgangsweise mit den Richtlinien für Kreditvergaben, die das Bundesministerium für Finanzen als Aufsichtsbehörde über die Banken erstellt hat, vereinbar?
- 3.) Ist diese Vorgangsweise mit dem Parteiengesetz vereinbar?